

# Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches,  
gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

## „Hochgradig giftig“

Dass der Bundesfinanzminister und der Bundeswirtschaftsminister fast zeitgleich öffentlich eingestehen, Deutschland sei „nicht mehr wettbewerbsfähig“, dürfte als einzigartiges Phänomen in die jüngere Geschichte eingehen. Christian Lindner nahm diese erstaunliche Duplizität zum Anlass für die Anmerkung: „Es ist unvorstellbar, dass dies nicht zu politischen Veränderungen führt.“ Deutschland falle zurück, weil das Wachstum ausbleibe. Der Standort sei nicht mehr wettbewerbsfähig. Mit Blick auf die von seinem Kabinettskollegen Robert Habeck geforderte Reform der Unternehmenssteuern via schuldenfinanziertem Sondervermögen verwies Lindner auf die Gefahren einer derartigen Schuldenpolitik. Abzuwarten bleibt, ob und wie der lähmende Ampel-Stillstand weitergeht. Der BDI-Präsident hat diese Politik als „hochgradig giftig“ für die deutsche Wirtschaft bezeichnet. Der BDI fordert eine unverzügliche Stärkung des Standorts und geeignete Investitionsanreize insbesondere mit Blick auf die digitale Transformation, den Klimaschutz und eine nachhaltige, verlässliche Energieversorgung: „Wir brauchen bessere steuerliche Rahmenbedingungen für Investitionen am Standort – und zwar jetzt und nicht irgendwann. Deutschland fällt bei Investitions- und Standortentscheidungen immer mehr zurück. Die steuerlichen Rahmenbedingungen in Deutschland sind nicht wettbewerbsfähig. Um steuerliche Anreize für die Unternehmen zu schaffen, bedarf es eines Steuerreformpakets mit Investitionsprämie. Die Wirtschaft ist auf Anreize für

Investitionen in den Klimaschutz angewiesen.“

## „Wohlstandsverluste“

Der CDU-Vorsitzende hat in einem Schreiben an den Bundeskanzler Sofortmaßnahmen gegen die Rezession sowie Entlastungen der Wirtschaft gefordert. Es müsse umgehend gehandelt werden, da sich die Aussichten im laufenden Jahr stark eintrüben würden. Wörtlich heißt es: „Unserem Land drohen Wohlstandsverluste in einem bisher nicht gekannten Ausmaß.“ Das Forderungspaket umfasst zwölf Schwerpunkte. Dazu gehören die spürbare Steuerentlastung der Unternehmen, die Begrenzung der Sozialabgaben, die steuerliche Begünstigung von Überstunden und die dauerhafte Senkung der Stromsteuer auf das EU-Minimum. Als origineller Beitrag zur Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren im Baurecht soll eine „Genehmigungsfiktion“ greifen: Erteilen die Behörden für ein genehmigungsfähiges Vorhaben nicht innerhalb von drei Monaten einen Bescheid, soll es als genehmigt gelten. Eigentlich böte dieses Aktionsprogramm genügend Substanz für eine zügige, konstruktive Umsetzung zwischen Regierung und Opposition. In der parteipolitischen Wirklichkeit geht die Chance einer einvernehmlichen Realisierung allerdings gegen Null. Schon kurz nach dem Start der CDU-Initiative begannen die üblichen Berliner Pepita-Rituale, die vor allem der eigenen Vorteilswahrung dienen, der Gegenseite unlautere Absichten unterstellen sowie gemeinsame Entscheidungen verzögern und zerreden.

Der Autor dieser Kolumne ist als Inhaber der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

## „Dramatisch schlecht“

Schon Ludwig Erhard wusste: „Wirtschaft ist zu 50 % Psychologie“. Die Stimmung in Deutschland nähert sich allgemeiner Depression. Politiker, Verbände und Medien überschütten die Bevölkerung tagtäglich mit (leider nicht unberechtigten) Alarmrufen und Warnungen. Der grüne Bundeswirtschaftsminister kündigt an, die Bundesregierung werde ihre Konjunkturprognose für das laufende Jahr erneut deutlich senken. Habeck: „Das ist dramatisch schlecht. So können wir nicht weitermachen.“ Sachsens Ministerpräsident vergleicht das Wirken der Ampel mit der DDR: „Es gab eine desaströse Wirtschaftspolitik, die Folgen wurden mit Schulden kaschiert, und dann war der Staat pleite.“ Die Lage schreie nach einer Kurskorrektur. Die „Wirtschaftswoche“ überschreibt einen Kommentar mit „Die Lage ist noch schlimmer als bisher befürchtet“. Die „Welt“ sieht Deutschland „auf Jahre als Schlusslicht der Eurozone“. Die DIHK warnt vor einer „historischen Krise“ und erwartet, dass die deutsche Wirtschaft auch 2024 schrumpfen werde. Die „Neue Züricher Zeitung“ sieht Deutschland „auf dem Weg in die Schulden-Liga“. Der wuchernde Sozialstaat bringe keine Sicherheit, sondern Spaltung. Die woke Strategie führe zum Niedergang. Nach Meinung des „Welt“-Chefredakteurs wird die Wirtschaft von Wirtschafts-

ethikern ruiniert, die vorschreiben wollen, was alles nicht gehe. Beim ständigen Moralisieren merke Deutschland gar nicht mehr, wie der Abstieg jeden Tag voranschreite: wirtschaftlich, politisch und sportlich. Die Zeichen seien überall zu sehen.

## Vor der Entscheidung

Offensichtlich hat die Berliner Ampel-Koalition die Grenzen ihrer Möglichkeiten und Zumutbarkeiten erreicht. Der Absturz aller drei Parteien in den demoskopischen Umfragen fördert die Neigung zur Selbstbehauptung im Sinne des Überlebensreflexes „Rette sich, wer kann!“. Es fehlt die Kraft für überzeugende Initiativen zur nachhaltigen Lösung der vielfältigen Problembaustellen. Es reicht allenfalls noch zu ebenso überflüssigen wie schädlichen Pseudo-Reformen wie der Freigabe von Cannabis, die von Medizinern, Polizisten und Juristen mit guten Argumenten abgelehnt wird. Das Land braucht eine „Agenda 2030“ zur schnellstmöglichen Bewältigung der sich verschärfenden Krisen. Falls die Ampel die dafür erforderliche Fähigkeit und Einigkeit nicht mehr aufbringen kann, sollte Christian Lindner dem 1982 erfolgten Beispiel seines Amtsvorgängers und Parteikollegen Otto Graf Lambsdorff folgen und dem Bundeskanzler den Austritt seiner Partei aus der Koalition erklären. Dann wären Neuwahlen die einzig saubere Lösung. Deswegen schreckt die FDP zurück.